

Überregionaler Pressespiegel 26.01.2012

OTZI 26.01.2012 | Frank Döbert

Abweisung der Anklage gegen König beantragt

Jena. Der Berliner Rechtsanwalt von Lothar König, Johannes Eisenberg, hat gestern beim Amtsgericht Dresden beantragt, die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen seinen Mandanten abzulehnen.

Gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer hatte die Staatsanwaltschaft Dresden Anklage erhoben unter anderem wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs während einer Demonstration in Dresden am 18. Februar 2011 gegen einen Aufmarsch der Neonazis.

In seinem Antrag hebt der Anwalt darauf ab, dass aufgrund der von der Staatsanwaltschaft Dresden vorgetragenen Tatsachen, aus Gründen des Rechts und der vorgelegten Beweismittel eine Strafbarkeit auszuschließen sei. In der insgesamt 19 Seiten langen Begründung zum Antrag legt der Anwalt dar, dass in der Anklageschrift Tatvorwürfe erhoben würden, die mit den vorgelegten Beweismitteln nicht zu belegen seien. Darüber hinaus seien Videobeweismittel zum Teil "manipulativ verändert" worden. Es würden Lautsprecheraussagen behauptet, die sich durch die als Beweismittel enthaltenen Tonaufzeichnungen widerlegten. Zudem sehe die Staatsanwaltschaft im Verhalten von Lothar König "kriminelles Unrecht", das gerade keine Straftat darstelle. Sollte das Amtsgericht seinem Antrag nicht stattgeben, so der Anwalt, sei die Anklageschrift "wegen schwerer Mängel" an die Staatsanwaltschaft zurück zu geben mit der Aufforderung, sie in einer der Strafprozessordnung gemäßen Form zu formulieren.

Die Staatsanwaltschaft Dresden geht davon aus, dass zu einer Hauptverhandlung kommt, so deren Pressesprecher Lorenz Haase. Der Antrag des Anwaltes lag gestern zunächst nur dem Amtsgericht Dresden vor. König geht davon aus, dass die Hauptverhandlung, wenn überhaupt, erst nach der für den 19. Februar geplanten Großdemo "Dresden nazifrei" eröffnet wird.

<http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Abweisung-der-Anklage-gegen-Koenig-beantragt-440481308>

ZEIT online | 26.01.2012 | Johannes Radke

Störungsmelder - Wir müssen reden. Über Nazis

Kirchen rufen zu Blockade gegen Neonaziaufmärsche in Dresden auf

Unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kein Naziaufmarsch, nirgendwo“, ruft ein breites Bündnis von mehr als 50 Politikern, Bischöfen, Pfarrern, Theologen, EKD-Synodalen und kirchlich Engagierten zur Teilnahme an den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch im Februar 2012 in Dresden auf.

Zu den ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs gehören unter anderem die Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Thierse (SPD), die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse

Junkermann, der Hannoveraner Landesbischof Ralf Meister sowie Oberkirchenrat Christhard Wagner aus Thüringen und Martin Salm, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ).

In dem Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) zu einem christlichen Blockadepunkt im Kontext der Proteste gegen die für den 13. und 18. Februar 2012 in Dresden geplanten Neonaziaufmärsche heißt es: „Gerade als Christinnen und Christen sind wir aufgefordert uns der menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie der Neonazis massiv entgegenzustellen. Wir laden alle Menschen ein, sich am 13./18. Februar 2012 unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Keine Naziaufmärsche, nirgendwo“ an unserem christlichen Blockadepunkt zu beteiligen.“

„Weil wir als Christen und Christinnen das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen, müssen wir uns denen entschlossen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen,“ sagt Christian Staffa, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR). „Von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Teile der Politik und Behörden lassen wir uns nicht irritieren. Gewaltfreie Blockaden sind eine Gewissensentscheidung und gehören zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.“

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/01/26/kirchen-rufen-zu-blockaden-gegen-die-neonaziaufmarsche-in-dresden-auf_7954

ebenfalls interessanter Artikel bei ZEIT online: <http://www.zeit.de/2012/05/S-Gespraech-Schmeitzner/seite-1>

deutschland today | 26.01.2012

Die Opfer mahnen uns, niemals zu vergessen

Thüringen (Bündnis 90/Die Grünen THL) - Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Auch im Thüringer Landtag findet aus diesem Anlass morgen ab 9 Uhr eine Gedenkstunde mit Überlebenden des KZ Buchenwald statt.

Dazu erklärt Astrid Rothe-Beinlich, Vizepräsidentin im Thüringer Landtag und bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion:

„Wir gedenken an diesem Tag der Opfer des Nationalsozialismus: der sechs Millionen Jüdinnen und Juden, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft systematisch ermordet wurden, der Roma und Sinti, der Menschen mit Behinderungen, der KommunistInnenen und SozialdemokratInnen, der Gläubigen und Homosexuellen, die von den Nationalsozialisten verfolgt, gequält, gefoltert und ermordet wurden. Wir drücken unsere tief empfundene Solidarität mit den Überlebenden des Nationalsozialismus und ihren Familien aus. In Gedanken sind wir auch bei den Frauen und Männern des Widerstandes und den vielen alliierten Soldaten, die entschlossen gegen den nationalsozialistischen Terror gekämpft und dabei großes Leid und Tod erfahren haben.“

Mit dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus sprechen wir uns zugleich für eine pluralistische, tolerante und lebendige Demokratie aus. Erst heute hat der Thüringer Landtag einen Untersuchungsausschuss beschlossen, um den rechtsextremen Terror und die Fehler von Behörden, Geheimdiensten und Politik ohne wenn und aber aufzudecken und für Transparenz zu sorgen.

Für uns ist dieser Gedenktag aber zugleich die Verpflichtung, Widerstand gegen neonazistische SchlägerInnen, MörderInnen und rechtsextreme Parteien sowie rassistische und menschenverachtende Parolen zu leisten, die unser freiheitlich demokratisches System gefährden. Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus mahnt uns immer wieder, für Freiheit, Pluralismus und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzutreten.“

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird sich daher auch in diesem Jahr an den Protesten und friedlichen Blockaden in Dresden beteiligen und mit einer öffentlichen Fraktionssitzung am 13.2. in Dresden Gesicht zeigen.

http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/parteien_artikel.-Die-Opfer-mahnen-uns-niemals-zu-vergessen-_arid,128070.html

Neues Deutschland | 26.01.2012 | Paul Liszt

Die Blockade sitzt

Übung für den Ernstfall im Februar: Dresden-Aktionstraining an der TU Berlin

Max ist 24 und Student, nach einem »langen Gewaltmarsch« durch Dresden fand er sich plötzlich in einer Blockade »in Sichtweite der Nazis« wieder, schildert er seine Erfahrungen aus Dresden im letzten Februar. Nachdem »sehr erfolgreichen« letzten Mal wird Max dieses Jahr wieder zu den geplanten Massenblockaden fahren. Um diese zu üben, ist er wie etwa 40 Interessierte am Mittwoch vor das Hauptgebäude der Technischen Universität zum Blockadetraining gekommen. Dabei geht es darum, einen »offenen Raum« zu schaffen, um Erfahrungen auszutauschen und über »Ideen, Ängste und Möglichkeiten« in Bezug auf die bevorstehenden Proteste zu sprechen, erklärt Martin, der das Training an diesem Nachmittag leitet. Ziel des Trainings sei aber natürlich auch, die »konkrete Vorbereitung« der Menschen auf die geplanten Aktionen, ergänzt er. Etwa zwei Stunden lang werden, begleitet von Fotografen und einem Kamerateam, Sitzblockaden geprobt, das Durchfließen von Polizeiketten trainiert und eventuell resultierende rechtliche Konsequenzen erörtert. Eingeladen hatte der Berliner Koordinierungskreis des Bündnisses des Bündnisses »Dresden Nazifrei!«. In ihm haben sich neben antifaschistischen Initiativen linke Jugendorganisationen und Gewerkschaften zusammengeschlossen. Ziel ist es, möglichst viele Berlinerinnen und Berliner zur Teilnahme an den den geplanten Blockaden im Februar zu mobilisieren. Tausende Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet versuchen seit Jahre, verbreitete geschichtsrevisionistische Mythen rund um die alliierten Luftangriffe auf Dresden 1945 für ihre Zwecke zu nutzen. Dass bei den Protesten vielfach ein ein »hartes Vorgehen« angekündigt, geplante Blockaden sollen »mit allen Mittel« unterbunden werden.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/216665.die-blockade-sitzt.html>

deutschland today | 26.01.2012

Besser Leben ohne Nazis

Gera (pt) - Nachdem in der vergangenen Woche auch in Gera für die Protestkundgebung in Dresden Plakate aufgehängt wurden, sind nun Anmeldungen zur Teilnahme möglich. Aktuell rechnen die Organisatoren von „Dresden nazifrei“ damit, dass an zwei Tagen Neonazis in Dresden aufmarschieren könnten. Für Montag, den 13. Februar, besteht die Möglichkeit, sich unter der Telefonnummer 03647/447914 für einen Bus anzumelden, der entlang der Thüringer Städtekette Menschen nach Dresden mitnimmt.

Das Geraer Aktionsbündnis gegen Rechts konzentriert sich auf den 18. Februar und hat zwei Busse organisiert. Diese fahren am 18. Februar um 06:30 Uhr am Hauptbahnhof Gera Richtung Dresden und um 18.00 Uhr von Dresden zurück nach Gera. Anmeldungen hierfür sind möglich ab Montag, den 30. Januar, beim Stadtjugendring Gera (Tel. 0365-8310010, Clara-Zetkin-Str. 1.), sowie im Büro des SPD-Abgeordneten Wolfgang Lemb (Bahnhofstr.12) und im Büro der LINKEN (Markt 12A).

Aktuelle Informationen und Hintergründe rund um das Thema Dresden 2012 sind auf den Internetseiten www.dresden-nazifrei.com und www.gera-nazifrei.com zu finden.

http://www.dtoday.de/regionen/lokal-nachrichten_artikel.-Besser-Leben-ohne-Nazis-_arid,128056.html

tageblatt.de | 26.01.2012 | 10:21 Uhr

Bus zum Protest in Dresden

Tübingen. Neonazis haben für den 13. und 18. Februar Demonstrationen in Dresden angemeldet.

Zum Aufmarsch am 18. Februar reisen voraussichtlich auch Mitmarschierer aus dem Ausland an. Um an der Protestkundgebung teilnehmen zu können, wollen Nazi-Gegner aus der Region Reutlingen/Tübingen gemeinsam im Bus anreisen. Unter dem „Motto Dresden?! Jetzt erst recht!“ wollen sie demonstrieren, obwohl sich zirka zwanzig von ihnen letztes Jahr im Nachgang polizeilicher Repression ausgesetzt sahen.

Nähere Informationen zu den Aufmärschen und zur Busfahrt gibt es ebenso wie Bustickets am Mittwoch, 1. Februar, von 20 Uhr an im Wohnprojekt Schellingstraße in Tübingen und am 3. Februar von 20 Uhr an in der Zelle in Reutlingen.

http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/nachrichten-newsticker_artikel.-Bus-zum-Protest-in-Dresden-_arid,161256.html

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 25.01.2012

Leipziger Volkszeitung | 25.01.2012 | 19:37 Uhr

Hintergrund: Versammlungsgesetz

Dresden. Das Versammlungsgesetz soll vor allem Neonazi-Aufmärsche an geschichtsträchtigen Orten Einhalt gebieten. Laut Gesetz können Demonstrationen an bestimmten Orten verboten oder mit Auflagen versehen werden. Das gilt für ausgewählte Teile der Dresdner Innenstadt speziell am 13. und 14. Februar. Als ganzjährig geschützte „Orte von historisch herausragender Bedeutung“ sind das Völkerschlachtdenkmal Leipzig sowie die Dresdner Frauenkirche festgeschrieben.

Eine Änderung des Versammlungsrechts hatte die CDU/FDP-Koalition bereits 2009 in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, „um Extremisten in Sachsen deutliche Grenzen zu setzen“. Im Januar 2010 beschloss der Landtag das neue Versammlungsgesetz mit den Stimmen von Schwarz-Gelb. Abgeordnete von Linken, SPD und Grünen zogen vor den Leipziger Verfassungsgerichtshof. Im April 2011 kippten die Verfassungsrichter das Gesetz aus formalen Gründen: Den Abgeordneten stand bei der Beratung der Wortlaut nicht in vollem Umfang zur Verfügung.

Daraufhin brachte die Regierung das Gesetz mit nur kleinen Korrekturen im Juli erneut in den Landtag ein. Die Opposition hält es aber auch aus inhaltlichen Gründen für verfassungswidrig, weil ihrer Ansicht nach damit das Recht der Versammlungsfreiheit eingeschränkt wird. Nach der neuerlichen Verabschiedung des Gesetzes im Parlament ist somit einer weiterer Rechtsstreit programmiert. dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/hintergrund-versammlungsgesetz/r-mitteldeutschland-a-122784.html>

Südthüringen.de | 25.01.2012

Anwalt kritisiert sächsische Ermittler im Fall König scharf

Jena/Berlin - Im Verfahren der sächsischen Justiz gegen Jenas Stadtjugendpfarrer Lothar König hat dessen Verteidiger schwere Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft Dresden erhoben.

«Die Anklageschrift erhebt Tatvorwürfe, die mit den eigenen, von der Anklage zur Verfügung gestellten Beweismitteln nicht zu belegen sind», heißt es in einer Erklärung von Königs Anwalt Johannes Eisenberg. Eisenberg fordert in dem Schreiben an das Amtsgericht Dresden, auf eine Anklage gegen König wegen Landfriedensbruchs zu verzichten.

In der Erklärung beschuldigt Eisenberg die Anklagevertreter, als Beweis dienendes Videomaterial «zum Teil manipulativ» verändert zu haben. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft König vor, bei einer Demonstration gegen Rechtsextremisten in Dresden vor gut einem Jahr zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen zu haben.

Die Anklageschrift, so das Schreiben des Anwalts, sei «geschwätzig» und enthalte «keinen konkreten Anklagesatz». Dresdens Polizei und Staatsanwaltschaft hätten sich in einem «paranoid-geschlossenen System von Verfolgungswahn verstrickt». Dies zeige eine «tatsächlich demokratiefeindliche Grundhaltung der Anklage».

Die Ermittlungen gegen König hatten in der Vergangenheit immer wieder für Kritik gesorgt. Zuletzt hatten sich mehrere Thüringer Landtagsabgeordnete in einem offenen Brief mit dem Stadtjugendpfarrer solidarisiert und der sächsischen Justiz vorgeworfen, einen «politischen Prozess» gegen ihn zu führen. dapd

<http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Anwalt-kritisiert-saechsische-Ermittler-im-Fall-Koenig-scharf;art83467,1879685>
